

Indigene Völker in Bangladesh

von Martin-Peter Houscht

"Indigene Völker", "Stämme", "Ureinwohner", "Primitive", "Eingeborene", "Adivasi", "Naturvölker", "Vierte Welt", "Schriftlose Völker" - eine unvollständige Liste an Begriffen, die eine gewisse Ratlosigkeit oder Unsicherheit im Umgang etwa mit den brasilianischen Yanomami-Indianern, den birmanesischen Karen oder auch den Mandis in Bangladesh erkennen läßt. Die genannten Bezeichnungen sind dabei oft diskriminierend ('primitiv', vgl. ILO Konvention 107), generalisierend ('Schriftlose Völker') oder sie greifen nur einzelne Attribute auf ('Naturvölker'). Daß die geschätzten mehr als 5.000 indigenen Völker (i.V.) - nachfolgend soll diese Bezeichnung Verwendung finden - hinsichtlich ihrer Sprache, ihrer in der Auseinandersetzung mit dem je spezifischen Lebensraum entstandenen kulturellen Identität, ihren sozialen Normen und Wertesystemen, u.v.m. sehr heterogen sind und sich mithin einer Definition entziehen, ist evident. Dennoch kann man einen Begriff wie "i.V." verwenden, nicht im Sinne einer strikten Definition, sondern zur Kennzeichnung bestehender gemeinsamer Grundzüge sowie gemeinsamer Erfahrungen.

Zur Ermittlung von Gemeinsamkeiten hilft ein Blick auf das Selbstverständnis i.V. wie es vom offiziellen Organ derselben, dem Weltrat indigener Völker formuliert wird: "Indigeous peoples are such population groups ..., who from old-age times have inhabited the lands where we live, who are aware of having a character of our own, with social traditions and means of expression that are linked to the country inherited from our ancestors, with a language of our own and having certain essential and unique characteristics which confer upon us the strong conviction of belonging to a people, who have an identity in ourselves and should be thus regarded by others'." Zentral für das Selbstverständnis i.V. ist der Bezug auf das seit Urzeiten im kollektiven Besitz befindliche Land.

Die Bedeutung des Landes für das Selbstverständnis i.V. liegt nicht ausschließlich und auch nicht primär in dessen Funktion begründet, die Grundlage zur Erzeugung von Nahrungsmitteln zu bilden. Das soziale Leben, religiöse Riten und Kultur, Wertesysteme und Weltbild und schließlich Identität und Zusammengehörigkeitssinn finden in der Auseinandersetzung mit dem Land ihren Ausdruck resp. Begründung. Dazu ein Aborigine-Führer: "Wir gehören dem Land, unsere Geburt durchtrennt nicht die Lebensfaser, die vom Land kommt. Unsere Spiritualität, unsere Kultur und unser soziales Leben sind von ihm abhängig." Die feststellbare bewahrende und schützende, nicht aneignende und ausbeutende Beziehung der i.V. zu ihrem Land könnte wohl kaum anschaulicher begründet werden.

Neben der besonderen, historisch gewachsenen Beziehung zum Land sind das Fehlen einer politischen Zentralgewalt, spezifische rechtliche und religiöse Systeme, eine eigene Sprache sowie z.T. eine eigene Schrift als Merkmale i.V. zu nennen. Mit Ausnahme des dezentralen Charakters dieser Gesellschaften sind diese Merkmale nicht dazu angetan, viele Worte zu verlieren; existierten nicht mehrere Völker innerhalb eines Staatsgebildes (letzteres wird häufig mit dem Volk gleichgesetzt) und vielfältige Diskriminierungsformen, denen sich die i.V. ausgesetzt sehen. Am Beispiel der Mandis (oder Garo) läßt sich zeigen, wie nicht ihr Anders-Sein per se Anlaß zum Konflikt gibt, sondern der Machtanspruch der Mehrheits- oder dominanten (= herrschenden Bengali-) Kultur zum Auslöser von Konflikten wird. Die Heterogenität i.V. hinsichtlich der konkreten Ausformung ihrer Kulturen wird durch das ähnliche, d.h. diskriminierende Verhalten der dominanten Kulturen innerhalb der jeweiligen Nationalstaaten quasi machtpolitisch zugeschüttet; es entsteht eine Einheit zwischen i.V.; die geteilte Erfahrung ihrer Übervorteilung qua fremden Rechts knüpft ein unsichtbares Band zwischen Yanomani-Indianern und Mandis.

Die Mandis (= Menschen), eher bekannt unter der Bezeichnung Garo, leben in Bangladesh vor allem im Mymensingh und Tangail Distrikt. Ihre Zahl wird auf 120.000 geschätzt (in Indien ca. 480.000), sie gehören zu den Bodo-Völkern und zur tibeto-burmanischen Sprachfamilie (eine interessante Einführung in die Kultur der Garo bzw. Mandis gibt H. Belitz in Delta 4; eine Publikation, die vom Freundeskreis Bangladesh e.V. München herausgegeben wird). Trotz auch in der Mandi-Gesell-

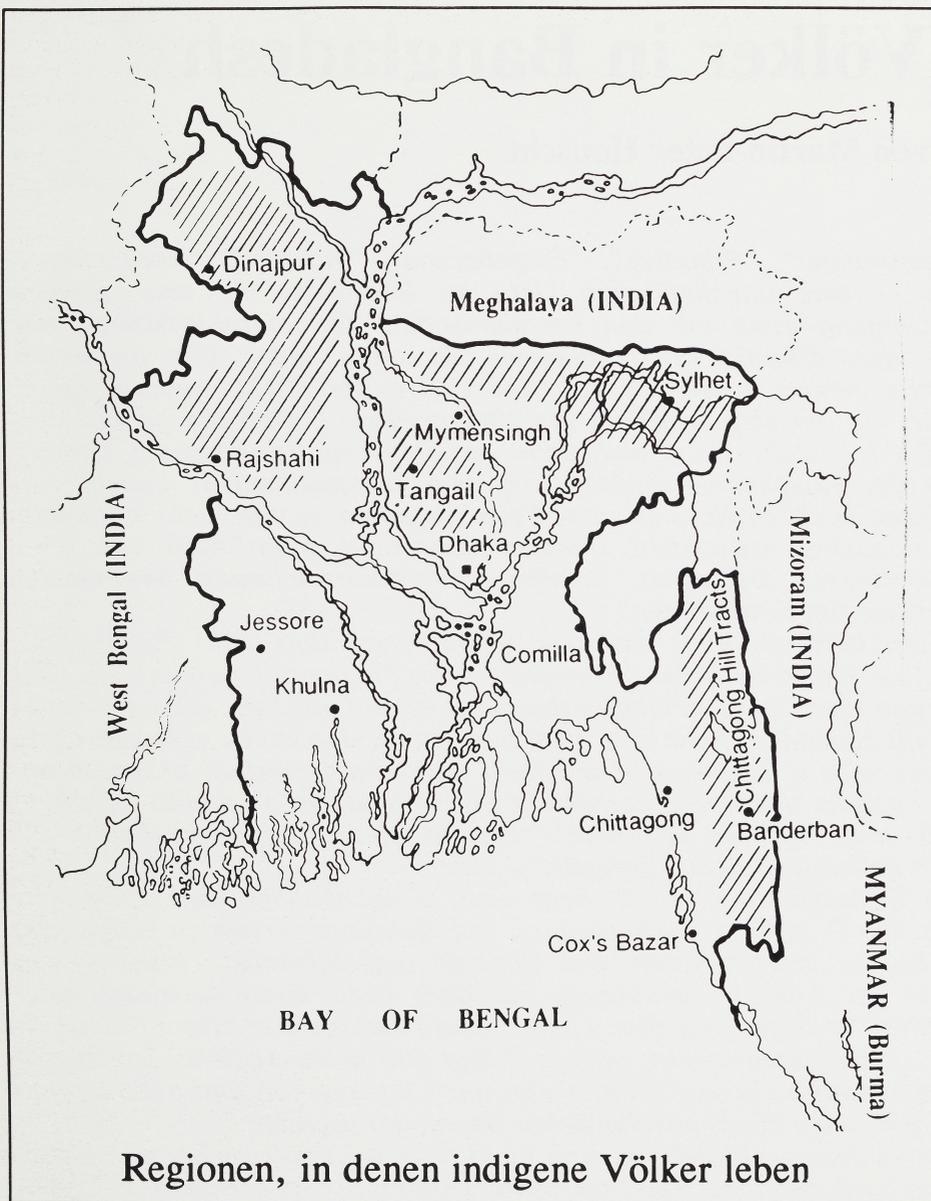
schaft feststellbarer sozio-ökonomischer Differenzierungsprozesse, stellt die Resource Wald nach wie vor eine wichtige identitätsstiftende und lebenserhaltende Quelle dar.

Die Mandis betreiben traditionell eine Brandrodungswirtschaft mit Bergreis, Hirse, Mais, Gemüse- und Gewürzpflanzen. Ihre Häuser sowie das Gros der Gebrauchsgegenstände werden aus Bambus hergestellt. Sie sind mutterrechtlich organisiert. Sippenzugehörigkeit und Erbrecht folgen der Mutterlinie. Männer

wohnen im Haushalt ihrer Frauen.

Die symbiotische und spirituelle Beziehung der Mandis zum Land (= Tatar Rabuga) kommt in der Bezeichnung "Kinder des Waldes" und allerlei animistischer Rituale zum Ausdruck.

Es zeichnen sich (oberflächliche) Wandlungstendenzen ab. Man sieht zunehmend mehr Lehmhäuser, kaum noch Brandrodungen, Frauen tragen häufiger Saris. Die Position der Frau in der Gesellschaft ist jedoch weiterhin stärker als die im Islam; offene und selbstbewußte



Frauen findet man sonst kaum. Auch in dieser Hinsicht mögen sich langfristig Änderungen ergeben. Schon ziehen auch Frauen zu den Haushalten ihrer Männer. Das matrilineare System beginnt zu bröckeln und damit auch der Status der Frau.

Besonders folgenreich ist der zunehmende Landverlust, der oft das Resultat widerrechtlicher Handlungen seitens der Behörden ist und die ökonomische Basis sowie das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mandis auszuhöhlen droht. Der Ethnologe Robbins Burling sorgt sich bereits um die Identität der Mandis: "I am concerned about the survival of the Mandis and the Mandi language. If their economy is too badly undercut, if their ecosystem is changed, if they become bilingual, if their kinship practices are changed, then their own language and values get severely affected." (Robbins Burling, in SEHD Report 2: Indigenous Peoples of Bangladesh, Dhaka, Oct.

1993). Wie sieht die Diskriminierung gegen die Mandis konkret aus? Welche Rolle spielen nationale und internationale (Entwicklungs-)Politiken?

Renu Nekola - Opfer oder Täter?

Die "Kinder des Waldes", die ihren Lebens- und Konsumstil an dieses Ökosystem angepaßt und ihn über viele Generationen hinweg tradiert haben, sehen sich, verkörpert in der Person von Renu Nekola (siehe P. Gain, in: SEHD Report 2: 40ff), einer armen Mandi-Frau, nun als Opfer einer neuen, ihre Rechte nicht gelten lassenden Gesetzgebung. Obwohl Renu Nekola zum Überleben notwendiges Holz unter Beachtung ökologischer Erfordernisse in einem staatlichen Wald sammelte, wurde sie von der Forstbehörde aufgegriffen und ins Gefängnis gesteckt. Damit nicht genug. Die vermeintlichen Schützer des Waldes machten und machen gemeinsame Sache mit

'local influentials', das sind reichere Bauern, Geschäftsleute, Verwaltungsbeamte. Nicht Not, sondern Gier ist deren Holzeinschlag-Motiv. Nachhaltige Nutzung, wie von den Mandis praktiziert, ist deren Sache ebensowenig. Lastwagenweise werden die wertvollen Sal-(*Shorea Robusta*) Bäume aus dem Madhupur Wald gebracht. Ohne Eigentumstitel müssen die Mandis zusehen, wie andere unter Umgehung der Gesetze ihre Ressourcenbasis ausdünnen und sie selbst eingesperrt werden, weil sie in ihrem Wald gegen fremdes Recht verstossen haben.

Das traditionelle Landrecht der Mandis ist älter als die diesbezüglichen Gesetze des Staates Bangladesh. Diese traditionellen Rechte sind zwar offiziell anerkannt worden - Einsitzungs- und Gewohnheitsrechte bestehen -, sie werden jedoch oft genug mißachtet. Darüber hinaus hat die bangladeschische Regierung noch nicht die ILO-Konvention 169 unterschrieben, die unter anderem eine Achtung der Eigentums- und Besitzrechte i.V. (Art. 14) sowie der "Verfahren zur Übertragung von Rechten an Grund und Boden unter Angehörigen dieser Völker" (Art. 17) vorsieht. In der Praxis heißt dies, daß ein Gemeinschaftseigentum an Land nicht anerkannt und der Verkauf traditioneller Mandi-Ländereien an 'non-tribals' gefördert wird. Der Wald wird zum öffentlichen Besitz, die seit Jahrhunderten in ihm wohnenden Mandis zu illegalen oder unerwünschten Siedlern. Wo mit legalen Mitteln nichts zu machen ist, werden auch Mittel der Gewalt eingesetzt, haben Betrug und Fälschungen (von Landtiteln) Hochkonjunktur. Die wohl nach wie vor beste Darstellung dieses Wirkens einer Allianz aus Beamten der Forstbehörden, Holzfirmen, hohen Beamten der Distrikt-Regierung, Polizei und Kaufleuten, findet sich in einer Publikation von BRAC, einer in Dhaka ansässigen NGO, mit dem Titel "The Net".

Opfer der Aktivitäten des Netzes sind die Natur und mit ihr die Menschen, in diesem Fall die Mandis. Der sich über den Mymensingh und Tangail Distrikt ausbreitende Madhupur Wald ist der drittgrößte in Bangladesh. Als Sal-Wald bekannt, sind nach Schätzungen bereits zwei Drittel seiner Fläche zerstört worden, im wesentlichen verursacht durch illegale Abholzungen dieses 'Netzes', nicht der Mandis. Nachdem 1962 Bengalen erlaubt wurde, im Madhupur Wald zu siedeln und es 1964 zu gewaltsamen Vertreibungen der i.V. kam, geriet die indigene Bevölkerung allmählich in Unterzahl. Heute sind 54.000 von 70.000 Waldbewohner 'non-tribals'. Die von den Mandis kontrollierte Landfläche nimmt stetig ab. Nur wenige besitzen

Landtitel, eine größere Anzahl hat Landeinsitzungsrechte, die, wie bereits gesagt, von der Forstbehörde nicht anerkannt werden. Für diese sind die Mandis illegale Siedler.

Renu Nekola wird zum Eindringling in ihrem eigenen Wald. Die materielle Basis der Mandi-Wirtschaft geht allmählich verloren und mit ihr die Mandi-Identität. Das verbleibende Land ernährt nicht alle; zusätzliche, außerhalb des traditionellen Sektors liegende Einkommensquellen müssen erschlossen werden. Wo kein Wald mehr besteht, entfallen auch die vielfältigen kulturellen Handlungen (z.B. Regenzeremonien), brechen soziale Muster auf, verändert sich die Gesellschaft. Kurz: Die materielle Basis einer Kultur, einer Volksidentität, wird aufgebrochen, zum Teil durch legale (nicht zu Verwechseln mit legitimen), zum Teil durch kriminelle Methoden. Kaum jemand hört ihren Hilfeschrei. "We are children of the forest. We were born here and brought here. We are so accustomed to forest life that we cannot survive if we are evicted from the forest."

Internationale Entwicklungshilfe - Vollender eines Ethnozids?

Die großflächigen Kahlstellen im Madhupur-Wald sollen wiederaufgeforstet werden. Dies ist der Umweltaspekt

eines von der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) finanzierten Projekts, das den Namen 'Thana Afforestation and Nursery Development Project' trägt und landesweit ausgerichtet ist - mit Ausnahme der Sunderbans und dreier Distrikte in den Chittagong Hill Tracts. Das 50,4 Mio. US-Dollar Projekt dient vor allem der Produktion von Brennhölzern und soll den Forstbehörden helfen, eine landesweite 'Social-Forestry' (SF) zu implementieren. Nicht genutzte degradierte öffentliche Ländereien sollen zum Wohle der ländlichen Unterprivilegierten bepflanzt werden. Zusätzlich zu den Arbeitslöhnen sollen die Waldanwohner 1,2 Hektar Land zur vorübergehenden Nutzung (v.a. durch intercropping) erhalten und in den Genuß eines Teils der Produkterlöse kommen.

Soweit die Projektidee! Die Projektwirklichkeit sieht anders aus! Unter ökologischen Gesichtspunkten ist das Projekt bereits ins Kreuzfeuer der Kritik geraten. Exotische Spezies wie Eucalyptus camaldulensis, Acacia Manjium oder Acacia auriculiformis wachsen äußerst schlecht unter den klimatischen Bedingungen. Die vor allem auf der UNCED '92 so vielbeschworene 'bio-diversity' spielt hier keine Rolle mehr. Monokulturen sollen angebau werden, weil sie schnell und kostengünstig Brennhölzer produzieren sowie Ein-

kommen schaffen. Diese vermeintlichen Vorteile sind bis dato nicht eingelöst worden, dafür aber die negativen Seiten umso deutlicher hervorgetreten. Monokulturen sind anfällig gegen Parasitenbefall und in diesem Fall nach Expertenmeinung dazu angetan, die Bodenfruchtbarkeit zu zerstören.

Die Implementierung der Gummipflanzentidee des ADB ist bereits gestoppt worden. Lediglich 25 Prozent der 1600 Hektar großen Anbaufläche wächst wie vorgesehen; der Großteil ist aufgrund mangelnder Pflege eingegangen. Das Job-Argument, welches in diesem Zusammenhang bemüht wurde, erwies sich als nicht stichhaltig. Die geplanten 6.000 Hektar sollten 1.500 Vollstellen sowie 40.000 Teilstellen schaffen. Die realisierten 1.600 Hektar schufen gerade einmal 64 Vollstellen, wobei nur eine Stelle von einem Garo besetzt wurde. Eine flagrante Verletzung der Projektidee, die ja die lokal ansässigen Unterprivilegierten als Zielgruppe auswies.

Die geplante Gummipflanzentidee sollte nach Auffassung der ADB ebenfalls auf bereits degradierten und ungenutzten Flächen realisiert werden. Beidemal wurde von seiten der Forstbehörde nachgeholfen. Die noch verbleibenden Sal-Bäume wurden nun auch noch abgeholzt, um an die ADF-Fonds heranzukommen. Dabei wurden illegale Holzkonzessionen vergeben; die Behörde



Garos-Frauen beim Tanz (Foto: 'SEHD-Report 2', Dhaka)



Abholzung im Madhupur Forest (Foto: Claus Euler)

avancierte zum Mehrfachverdiener. Die Existenz der Waldanwohner wurde dagegen schlicht verschwiegen. Die Forstbehörde zeigte den ADB-Managern Landkarten, auf denen diese nicht auftauchten.

"Was vom Wald übrig bleibt, ist die Forstbehörde!" Diese Aussage illustriert passend den Zustand der Wälder in Bangladesh. Anstatt das Unterholz des Waldes für dessen Regeneration zu nutzen, werden nichtangepaßte, überdies schlecht gepflegte Spezies angepflanzt. Auch in ökonomischer Hinsicht kann das Gummipflanzungen (Teil-) Projekt als gescheitert gelten. Das inländisch produzierte Gummi ist teurer als das z.B. aus Malaysia importierte.

Die Sozialkomponente des ADB-Projekts soll nun vor allem durch eine 'Social-Forestry' Komponente sichergestellt werden, die den Waldanwohnern, d.h. nicht nur den Mandis, Landbesitz zusichert. Die zur Zielgruppe werdenden Waldbewohner erhalten 1,2 Hektar Land, auf denen sowohl Wald als auch landwirtschaftliche Produkte angelegt respektive angebaut werden soll. 0,2 Hektar sind zur exklusiven Nutzung durch die Partizipierenden bestimmt. Die Idee, die zu illegalen Siedlern gewordenen Menschen sozio-ökonomisch und

rechtlich abzusichern, wird dabei von der Forstbehörde unterlaufen. Diese hat kein Interesse an der Gewährung von Landtiteln und hat spezielle Verträge mit den Waldbewohnern abgeschlossen. Statt die 'Social Forestry'-Komponente zu fördern, vergrößert die Behörde die Brennholz (woodlot) Komponente, die ja nur auf unbenutzten und unbewaldeten Gebieten implementiert werden sollte. Der Vertrag mit einer Laufzeit von einem Jahr kann jederzeit gekündigt werden, die Partizipierenden erhalten keinerlei Landtitel oder andere Besitzgarantien, Partizipation erschöpft sich in schlechtbezahlter Lohnarbeit.

"Wir haben kein Minoritätenproblem": Die Haltung der Regierung

Nach Ansicht der Regierung gibt es ausschließlich Bangladeshis in Bangladesh. Indem der Volkscharakter der Minoritäten bestritten wird, stellt sich - folgt man dieser Sicht - auch das Problem der Auseinandersetzung mit den Belangen indigener Völker nicht. Andererseits propagiert man öffentlich, daß die "tribal identity" zu schützen sei, anerkennt also doch die Existenz solcher Völker. In der Verfassung unter Artikel 28,4 ist ebenfalls von Minoritäten die

Rede; sie werden als "backward section of citizens" bezeichnet. Die Position der Regierung zu den Minderheiten ist mithin durch einen widersprüchlichen Umgang gekennzeichnet. Leugnung ihrer Existenz, Desinteresse und Diskriminierung wechseln sich ab oder ergänzen sich - von Schutz der Identität kann nicht die Rede sein. Solange ein hoher Beamter aus dem Außenministerium behaupten kann "if they (die i.V.) are adivasi, then we are adivasi too", besteht wenig Hoffnung auf den Beginn eines konstruktiven Dialogs zwischen Regierung und den geschätzten 33 Minoritäten in Bangladesh. Letztere versuchen Druck auf der politischen Ebene zu erzeugen. Das im Mai 1988 als Reaktion auf die Erhebung des Islam zur Staatsreligion gegründete 'Hindu-Buddhist-Christian Unity Council' denkt laut darüber nach, sich in eine Partei umzuwandeln, um seinen Forderungen, - u.a. fordert man eine 10 Prozent Quote für alle öffentlichen Bereiche, also z.B. 10 Prozent der Parlamentssitze -, Nachdruck zu verleihen. Man möchte den Säkularismus stärken und eine gerechtere Repräsentation erreichen. Wie das Beispiel der Mandis zeigt, geht es nicht allein und nicht primär um die Alternative Säkularismus oder Islam, sondern um das Überleben als Volk.